

### **Mitteilung für den öffentlichen Teil der Kulturausschusssitzung am 24.11.2021 zur Podiumsdiskussion „Kunst im öffentlichen Raum“**

Als erste gemeinschaftliche Veranstaltung im Rahmen der Regiopole „Kunst im öffentlichen Raum in Bielefeld, Gütersloh und Herford“ fand am 27.10.2021 im Vortragssaal der Kunsthalle eine öffentliche Podiumsdiskussion statt. Das Gespräch der Initiatoren des Regiopole-Projekts sowie überregionaler Gäste unter der Fragestellung „Wem gehört der öffentliche Raum?“ hatte eine erfreuliche Publikumsresonanz mit ca. 30 Teilnehmer\*innen im Saal, darunter einige VertreterInnen aus der Kulturpolitik und über 210, teils nachträglichen Aufrufen des Live-Streamings, das unter dem Link (<https://www.youtube.com/watch?v=ZmxiEFGt9lw>) auf der Homepage der Stadt Bielefeld archiviert wurde.

Die Unterhaltung auf dem Podium führten Markus Ambach (Markus Ambach Projekte, Düsseldorf und Mitbegründer der Kunstkommission Düsseldorf, Ausstellungsmacher, Künstler und Kurator. Mitglied im Initiator\*innenteam der Manifesta 16), Michael Deppe (Stellvertretender Leiter Fachbereich Kultur, Stadt Gütersloh), Andreas Kornacki (Geschäftsführer Kultur Herford gGmbH), Rose Pfister (ehemalige Referatsleiterin für bildende Kunst, Künstlerförderung und Kunst im öffentlichen Raum beim Senator für Kultur Bremen und Leiterin der Städtischen Galerie Bremen, jetzt geschäftsführendes Vorstandsmitglied. Stiftung Bremer Bildhauerpreis. Rolandpreis für Kunst im öffentlichen Raum), Anne-Kathrin Reinberg (Kunst im öffentlichen Raum und Arbeitsstipendien Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Kultur und Medien, zuständig für das Projekt Stadtkuratorin Hamburg) sowie der Beigeordnete Dr. Udo Witthaus (Dezernat Schule, Bürger, Kultur, Sport der Stadt Bielefeld). Moderiert wurde die Veranstaltung von Claudia Dichter (WDR 5 SCALA, Köln). Konzeption und Organisation der Veranstaltung erfolgten durch Birgit Laskowski (ZERO FOLD, Köln) in Kooperation mit dem Kulturamt Bielefeld.

Nach Begrüßung durch Christina Végh umriss die Anmoderation durch Claudia Dichter die Komplexität der Thematik, da die Kunst im öffentlichen Raum viele verschiedene Gruppierungen der Stadtgesellschaft betrifft und dieser Raum in den Städten von unterschiedlichsten, oft widerstreitenden Nutzungsinteressen beansprucht wird. Im Anschluss an die Vorstellung der Gäste erfolgte eine Skizzierung des Regiopole-Projekts durch Dr. Udo Witthaus und ein kurzes Referat aus den drei beteiligten Städten zum jeweiligen Stand der Dinge.

Bielefeld hat das Konzept in die Bezirksvertretungen vermittelt, nun sollen Änderungsanträge erfolgen. Die Kerndiskussion betrifft insbesondere die Einrichtung der Fachkommission sowie eine Aufteilung der Kunstwerke in Listen. Lösungsansatz ist hier (analog zum Vorgehen bei großen Bielefelder Parkanlagen) die Beratung durch eine Kommission bei Vorgängen betreffend überbezirklich bedeutsame Kunstwerke sowie eine innerbezirkliche Eigenverantwortlichkeit für eher bezirklich relevante Werke.

In Gütersloh ist das Konzept vom Rat verabschiedet worden. Im November findet ein erstes Nullrundentreffen der Kommission zur Klärung der konkreten Besetzung und Arbeitsabläufe statt. Michael Deppe betonte die katalysierende Wirkung des Dialogs mit den Fachämtern und Kunstvereinen bei der Vorbereitung dieses Beschlusses. Im Rahmen des Formats „Stadtbesetzung. Kunst am Roten Teppich“ sind bereits einige Vermittlungsprojekte umgesetzt worden.

Andreas Kornacki berichtete für Herford von der Notwendigkeit, der detaillierteren Erfassungsarbeit die Klärung struktureller und kulturpolitischer Zuständigkeiten voranzustellen, insbesondere vor der Folie der Herforder Besonderheit einer privatwirtschaftlichen Kulturverwaltung in Form der Kultur Herford gGmbH. Vorrangig ist dort derzeit die Neubesetzung des Direktoriums des Marta Herford sowie die Diskussion um die Platzierung des Kunstwerks „Für Frieda Nadig“ der Künstlerin Asta Gröting.

Die Gäste aus Bremen, Düsseldorf und Hamburg schilderten anhand verschiedener Beispiele aus ihren Städten Problemstellungen und erprobte Lösungsmodelle für die Entscheidungsfindungen hinsichtlich ihrer Kunstwerke im öffentlichen Raum. Sie hoben besonders die Sinnhaftigkeit des

Einbezugs beratender Fachgremien hervor. Hürden in den „feingliedrigen Prozessen“ (Markus Ambach) konnten mithilfe der Einrichtung einer Kommission, einer klaren verwaltungstechnischen Struktur und politischer Instrumentarien erfolgreich gemeistert werden. Auf der Basis inhaltlicher Richtlinien, die in den Städten immer wieder diskutiert und angepasst wurden, ist es gelungen, die Wünsche und Vorstellungen von Kunstschaffenden, Bürgerschaft, Verwaltung und Wirtschaft in Ausgleich zu bringen. Rose Pfister berichtete von der Notwendigkeit, aber auch der Chance, sich als Stadt immer wieder „neu zu erfinden beim Thema Kunst im öffentlichen Raum“, basierend auf der Einrichtung einer Anlaufstelle in der Verwaltung und mittels eines im Landesbeirat angesiedelten empfehlenden Fachjury, die im Austausch mit den Ortsbeiräten zur Entscheidung findet.

Pfister hob die Bedeutung von langfristig installierter Kunst im öffentlichen Raum als manifester Ausdruck des kulturellen Erbes sowie kunsthistorisches und stadtgeschichtliches Sediment hervor.

Ambach betonte die Relevanz von temporären Projekten, die den Veränderungsprozessen der fluiden Stadtgesellschaft gerecht werden, sowie die hohe Wirksamkeit eines frühzeitigen Einbezugs der Bürgerschaft und partizipatorischer Ansätze: Oft sei der Stadtraum dynamischer als die Kunst darin. Die Einrichtung einer Fachjury unterstütze die Objektivierung von Qualitätsurteilen jenseits verfestigter Seilschaften. Seit Einrichtung der Kommission sei in Düsseldorf eine produktive Diskussionskultur entstanden.

Einig waren sich alle Beteiligten, dass die Gremien die Diversität der Stadtgesellschaft in ihrer Besetzung abbilden und je nach Bedarf noch weitere „Spezialisten“ hinzugeladen werden sollten. Der Einbezug von Stadtplanung und Fachämtern sei unverzichtbar.

Neben der Basisarbeit einer Erfassung und Bestandspflege sowie einer lebendigen Diskurskultur sei die Erstellung nachvollziehbarer Strukturen und Kriterien für die Entscheidungsprozesse zwischen Verwaltung und Politik unabdingbar, um den Interessensausgleich zwischen den verschiedenen Playern beim Thema zu bewerkstelligen und eine Beschlussfähigkeit zu schaffen.

Bremen empfahl eine klare haushaltsrechtliche Trennung von Mitteln für einerseits die Pflege (inklusive Rücklagenbildung für Restaurierungsmaßnahmen) und andererseits für die Kunstprojekte sowie den sie begleitenden Diskurs.

Konsens herrschte auch darüber, dass die Verantwortung für die Thematik nicht nur bei der Verwaltung liegt, sondern auch die Einspielung der Fragestellungen in die Stadtgesellschaft unerlässlich ist. Die lebhaft diskutierte Fragestellung mit dem Publikum im Anschluss an das annähernd anderthalbstündige Gespräch auf dem Podium belegt diese Wichtigkeit des öffentlichen Diskurses.

Die Podiumsgäste bestätigten, dass dabei konstruktiver Streit unumgänglich sei und eine notwendige Belegung des Diskurses und eine wichtige Komponente darstelle, um zu Entscheidungen im Sinne einer mehrheitlich repräsentativen Demokratie zu finden. Es bedürfte generell ggf. einer langwierigen Gremienarbeit, um zu Lösungen zu kommen. Wie auch die anschließenden Fragen und Anmerkungen aus dem Publikum thematisierten, bedarf es regelmäßiger Überprüfung und Neuformulierung der Bewertungen und Zielsetzungen, die dann bestimmte Steuerprozesse implizieren. Nur so kann, wie nicht nur die Beispiele aus Hamburg belegen, Kunst als „Game-Changer“ auch in sozialer Hinsicht wirksam werden und die Kunst im öffentlichen Raum als „Blaupause“ für andere Stadtentwicklungsprozesse dienen (Anne-Kathrin Reinberg).

Kunst im öffentlichen Raum bleibt also ein Prozess, den es gilt, mit einem geeigneten strukturellen Instrumentarium wirksam zu begleiten. Der öffentliche Raum ist ein politischer Raum: Daher ist im Sinne eines demokratischen Vorganges der Diskurs von entscheidender Bedeutung, wie er in Bielefeld mit diesem ersten gemeinsamen Format der Regiopole-Partnerstädte erfolgreich belebt wurde



Dr. Witthaus  
Beigeordneter